



## > NEUES AUS DEM PLENUM <


### GRÖSSE KOALITION LEHNT ENTLASTUNG DER KOMMUNEN AB

 Nach dem sog. Konnexitätsprinzip hat derjenige die Kosten für die Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe zu tragen, der über Art und Intensität der Aufgabenerfüllung entscheidet: „**Wer bestellt, bezahlt.**“ Dies gilt für das Land, wenn die Aufgaben durch ein förmliches Gesetz auf die Kommunen verlagert werden. Häufig werden neue Zuständigkeiten auf andere Weise (z.B. Verordnungen) übertragen, die Kosten bleiben an den Kommunen hängen. Den Gesetzentwurf der Oppositionsfraktionen, der sich an den Regelungen in anderen Bundesländern orientierte und ein striktes Konnexitätsprinzip auch für diese Fälle verankern sollte, haben SPD und CDU abgelehnt.

### ÄNDERUNG POLIZEIGESSETZ: LICHT UND SCHATTEN

 Wir begrüßen, dass mit dem Gesetzentwurf langjährige grüne Forderungen endlich umgesetzt werden: Die automatisierte Kennzeichenüberwachung und die Befugnis, dass örtliche Polizeibehörden an öffentlich zugänglichen Orten ohne konkreten Anlass Bildaufzeichnungen durchführen dürfen, werden wieder abgeschafft. Zudem wird die Observation, sowohl offen als auch verdeckt und sowohl kurz- als auch längerfristig, definiert. Die längerfristige Observation wird, wie von uns gefordert, mit einem Richtervorbehalt versehen. Bezüglich einiger anderer Punkte, insbesondere hinsichtlich des Datenschutzes, haben wir erhebliche Bedenken, die im Anhörungsverfahren noch geklärt werden müssen.

### KOMMUNALRECHT-ÄNDERUNG: CHANCEN VERPASST

 Nach der Anhörung zum Gesetzentwurf hat sich für uns in zwei wichtigen Punkten erheblicher Änderungsbedarf ergeben: 1. Die Möglichkeiten für Kommunen, sich an Projekten erneuerbarer Energien beteiligen zu können, geht im Gesetzentwurf der Großen Koalition nicht weit genug. Wir wollen auch einzelnen Kommunen ermöglichen, in erneuerbare Energien investieren zu dürfen. 2. Wir begrüßen und unterstützen das Vorhaben, die Beteiligungsmöglichkeiten von Seniorinnen und Senioren sowie behinderten Menschen auszuweiten. Allerdings vergisst die Große Koalition die jungen Menschen. Wir wollen, dass auch eine entsprechende Beteiligungsmöglichkeit für Kinder- und Jugendbeiräte eingeführt wird bzw. alternativ ein/e Beauftragte/r gewählt werden kann. Unseren Abänderungsantrag mit diesen Punkten hat die Große Koalition abgelehnt.

# GRUBENWASSER- HALTUNG: GEFAHR DURCH GIFTMÜLL UNTER TAGE

Die RAG AG plant die komplette Flutung der Grubenschächte bis zum Jahr 2035. Das Grubenwasserhaltungskonzept hierzu basiert ausschließlich auf Bewertungen der RAG AG selbst. Die Risiken eines Grubenwasseranstiegs sind weitreichend. Insbesondere ist nicht geklärt, was an Giftmüll unter Tage vorliegt und wie sich dieser auf die Trinkwasserqualität nach einer Flutung auswirken wird.



Hubert Ulrich  
Fraktionsvorsitzender

Wir fordern von der Landesregierung, eigene wissenschaftliche Gutachten zu den Risiken wie Ausgasungen, Tageseinbrüchen, Hebungen, Erdschütterungen und Trinkwasserverunreinigungen des von der RAG AG vorgelegten Grubenwasserhaltungskonzepts für das Saarland einzuholen.

Bisher glänzt die Landesregierung beim Thema Grubenwasserhaltung und Giftmüll leider durch völlige Ahnungslosigkeit, was die Antworten der zuständigen Ministerin Anke Rehlinger auf die von uns im Plenum gestellten Fragen erschreckend eindeutig gezeigt haben.

Die Landesregierung weiß zwar, dass sich Abfall- und Reststoffe unter Tage befinden. Sie kann aber nicht sicher sagen, welche Abfall- und Reststoffe das überhaupt sind, ganz abgesehen von den Mengen und den Orten der Einlagerung. Sie kann auch keinerlei Einschätzung darüber abgeben, wie hoch das Risiko ist, dass unter Tage befindliche Giftstoffe durch eine Flutung der Stollen ins Oberflächen- oder Grundwasser gelangen.

Die Landesregierung beschäftigt sich erst aufgrund unserer parlamentarischen Anfrage vom 16.04.2014 überhaupt mit dieser Problematik. Dabei weiß sie schon seit März 2013, dass die RAG

plant, das Grubenwasser im Saarland komplett ansteigen zu lassen. Die Abfall- und Reststoffe haben im Grubenwasserhaltungskonzept der RAG AG bisher überhaupt keine Rolle gespielt. Inzwischen hat Ministerin Rehlinger die RAG zumindest aufgefordert, ihr Wasserhaltungskonzept dahingehend zu überarbeiten, welche Auswirkungen die Einlagerungen auf das aus der Tiefe ansteigende Wasser haben können. Sich dabei lediglich auf die Bewertungen der RAG AG zu verlassen, halten wir aber nach wie vor für falsch.

Dringend erforderlich ist nach unserer Auffassung eine unabhängige wissenschaftliche Begutachtung des Konzepts der RAG. Die Ahnungslosigkeit und das blinde Vertrauen dieser Landesregierung in den RAG Konzern sind ein Armutszeugnis!

#### Hintergrund:

Die RAG AG hat Ende Februar ihr Grubenwasserhaltungskonzept vorgelegt. Dieses sieht eine komplette Einstellung der Pumpaktivitäten und einen kompletten Anstieg des Grubenwassers vor. Dieses Konzept beruht zum jetzigen Zeitpunkt ausschließlich auf Bewertungen aus der RAG AG selbst und auf Erfahrungen aus dem französischen Warndt. Gutachten hat die RAG AG hierzu noch nicht vorgelegt.

Ursprünglich ist die RAG AG von einer ewigen Grubenwasserhaltung ausgegangen. Mit Blick auf die Risiken wie Ausgasungen, Erschütterungen, Tagesbrüche und vor allem Trinkwasserverunreinigungen wollte man von einer Einstellung der Pumpaktivitäten absehen.



#### HAUSHALT 2015

Bankrotterklärung für kluges und sozialverträgliches Sparen

2



#### TTIP

VERTRAGSVERHANDLUNGEN  
AUSSETZEN

4

# SICHERHEITSRISIKO AKW CATTENOM: Störfälle nehmen kein Ende



Foto: Wikipedia

Anfang Mai wurden zehn Mitarbeiter verstrahlt, zwei Wochen später werden weitere serienmäßige Sicherheitsmängel im AKW Cattenom bekannt. Was muss noch passieren, damit dieses Sicherheitsrisiko endlich vom Netz genommen wird?

Das AKW Cattenom ist nicht nur eine ständige atomare Bedrohung für die Großregion, sondern stellt auch eine permanente Gefahr für Leib und Leben der Arbeiter vor Ort dar. Der neuerliche Arbeitsunfall, bei dem zehn Menschen verstrahlt wurden, reiht sich in eine Kette von Arbeitsunfällen in diesem Unglücksreaktor ein. Erst im März letzten Jahres starben zwei Arbeiter, ein weiterer wurde schwer verletzt.

Hunderte von Stör- und Zwischenfälle sowie das katastrophale Stresstestergebnis zeugen von eklatanten Sicherheitslücken in diesem AKW; aber auch die Gefährdung und Verletzung von Arbeitern bei Wartungsarbeiten sprechen für ein laxes Sicherheitsverständnis des Kraftwerksbetreibers.

Zudem ist erst jetzt bekannt geworden, dass das AKW Cattenom von einem Fehler betroffen ist, der in 44 von 58 Blöcken französischer Atomkraftwerke besteht: Im Falle eines Erdbebens können Bleimatten, die dem Arbeitsschutz dienen sollen, herabstürzen und wichtige Teile des Primär-Kreislaufs zerstören. Diese Information liegt der französischen Atomaufsichtsbehörde ASN bereits seit dem Jahr 2012 vor. Dass diesbezüglich bisher nichts unternommen worden ist, ist ein echter Skandal!

Dieser Pannenreaktor mit seinen bisher registrierten 800 Störfällen muss endlich abgeschaltet werden!

## HAUSHALT 2015

### AUGEN ZU UND DURCH!

Die von der Landesregierung vorgestellten Eckpunkte zum Haushalt 2015 sind eine Bankrotterklärung für kluges und sozialverträgliches Sparen!

Von einer differenzierten Überprüfung der Subventionen, Aufgabenkritik und kluger Investitionspolitik kann nun endgültig nicht mehr die Rede sein. Denn der Rasenmäher wird mit diesem Haushalt zur zentralen Konsolidierungsmethode nach dem Prinzip: **Rasenmäher an. Augen zu. Und durch.**

So werden bis zum Ende der Legislaturperiode alle rein landesfinanzierten Zuwendungen im gesamten Haushalt auf dem heutigen Niveau unter den bisher vorgesehenen Planwerten festgeschrieben. Welche Auswirkungen eine solche pauschale Maßnahme im Einzelnen haben kann, davor verschließt die Landesregierung die Augen. Das gleiche gilt für die bereits beschlossene pauschale Streichung von 2.400 Stellen, davon rund 600 Lehrerstellen. Von einer Verwaltungsstrukturreform wollte und will diese Landesregierung bisher nichts wissen und verschiebt sie auf den St. Nimmerleinstag.

#### Sparen nach der Rasenmähermethode:

- alle rein landesfinanzierten Zuwendungen werden auf jetzigem Niveau eingefroren
- pauschale Streichung von 10% der Stellen, davon rund 600 Lehrerstellen
- Besoldungserhöhungen werden auf höchstens 1,5% festgeschrieben
- Streichung der Beteiligung der Gemeindeverbände am Aufkommen der Grunderwerbsteuer

## Opposition fordert Stärkung der Parlamentsrechte

GEMEINSAM MIT LINKEN- UND PIRATEN-FRAKTION FORDERN WIR EINE PARLAMENTSREFORM.

Wir fordern die Große Koalition auf, endlich die lange angekündigte Parlamentsreform in Angriff zu nehmen. Gerade in Zeiten Großer Koalitionen ist es wichtig, dass die Oppositionsfractionen in die Lage versetzt werden, ihre Kontroll- und Mitwirkungsrechte im Parlament auf Augenhöhe wahrnehmen zu können.

Dies spiegelt sich insbesondere auch in der Redezeit in den Plenarsitzungen wider. Hier muss ein Gleichgewicht der Kräfte hergestellt werden. Es kann nicht sein, dass der Opposition im Vergleich zur Regierung und der sie tragenden Fraktionen nur etwa die Hälfte der Redezeit zur Verfügung steht, um die politische Auseinandersetzung zu führen. Hier fordern wir, dass die **Grundredezeit für die Fraktionen auf mindestens 12 Minuten festgesetzt und die Redezeit der Landesregierung zeitlich begrenzt wird.**



Zur Belegung der politischen Debatte in den Plenarsitzungen schlagen wir die Einführung der sogenannten **Kurzintervention** vor. Im Bundestag und in anderen Parlamenten gibt es diese Möglichkeit für Abgeordnete, am Ende eines Debattenbeitrags eine Zwischenbemerkung zu machen, auf die der Redner bzw. die Rednerin noch einmal antworten kann.

Daneben fordern wir auch, die Transparenz der Parlamentsarbeit für die Öffentlichkeit zu verbessern. Daher sollen die **Protokolle der Landtagsausschüsse nicht mehr länger geheim bleiben und öffentlich zugänglich gemacht werden.** Das Gleiche gilt auch für **Stellungnahmen, die in parlamentarischen Anhörungsverfahren von externer Seite abgegeben werden.** So besteht für interessierte Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, sich von den Sachverhalten, mit denen sich die Ausschüsse befassen, ein eigenes Bild zu machen.

#### Forderungen in Kürze:

1. Redezeit für alle Fraktionen mind. 12 Minuten
2. Einführung der Kurzintervention
3. Protokolle öffentlich zugänglich machen

# Verzögerungen beim HTW-Neubau:

## Unklare Auftragsvergabe – Schaden für das Land nicht ausgeschlossen!



Im Ausschuss für Haushalt und Finanzen hat die Landesregierung erklärt, dass der Übergabetermin des HTW-Neubaus erneut verschoben werden muss.

Die Probleme bei der Übergabe des HTW-Neubaus liegen darin begründet, dass der private Investor in seinem ersten Bauantrag von einer Anzahl von 200 Studierenden ausgegangen ist. Dieser Antrag wurde mit der entsprechenden Auflage für den Brandschutz seitens der Stadt Saarbrücken auch genehmigt. Für eine Anzahl von 200 Personen gelten aber geringere Brandschutzbestimmungen als für eine Anzahl von 1000 Studierenden, die die Landesregierung für das Gebäude eingeplant hatte.

Wir mussten im Ausschuss erfahren, dass die Landesregierung an diesen Unstimmigkeiten und Problemen bei der Übergabe des Hauses nicht unschuldig ist. So hat sie es versäumt, im Auftrag des Landes an den privaten Investor eine genaue Anzahl von Studierenden anzugeben, von denen das Gebäude genutzt werden soll. Sie hat auf unsere Nachfrage bestätigt, dass sich die Anzahl von 1000 Studierenden in diesem Auftrag expressis verbis nicht wiederfindet. Wir befürchten, dass dies die Verhandlungsposition des Landes in möglichen anstehenden Streitigkeiten um Schadensersatzforderungen schwächen könnte und es am Schluss doch zu einem finanziellen Schaden für das Land kommen kann.

## VERBRAUCHERSCHUTZ

# TTIP: Vertragsverhandlungen aussetzen!

Die Kritik am geplanten transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) reißt nicht ab. Befürchtet werden vor allem die Aufweichung von europäischen Umwelt-, Arbeitsschutz-, Datenschutz und Verbraucherschutzstandards.

Wir schließen uns der berechtigten Kritik zahlreicher Verbände und Organisationen an und fordern eine Aussetzung der Vertragsverhandlungen zwischen der EU und den USA. Es kann nicht sein, dass bei einem solchen wichtigen Vertragswerk breite Teile der Öffentlichkeit ausgeschlossen werden, während verschiedene Lobbygruppen aber mit am Verhandlungstisch sitzen. Diese intransparenten Rahmenbedingungen der Vertragsverhandlungen sind für uns inakzeptabel!

Die Harmonisierung von Regelungen und Standards zwischen den Vertragspartnern EU und USA birgt erhebliche Gefahren für das in der EU herrschende Schutzniveau in mehreren Bereichen: Die Lebensmittelsicherheit, der Umwelt- und Verbraucherschutz sowie der Arbeits- und Datenschutz wären davon betroffen. Wir wollen im Sinne der

Verbraucherinnen und Verbraucher keine Absenkung des hohen europäischen Schutzniveaus auf schlechtere amerikanische Standards.

Außerdem soll das Freihandelsabkommen eine Investitionsschutzklausel enthalten, die es privaten Investoren ermöglicht, Nationalstaaten vor einem Schiedsgericht auf Schadensersatz zu verklagen. Solche Investor-Staats-Klagen unterlaufen nationale Rechtssysteme und dürfen daher nicht eingeführt werden.

Wir haben mit einem Plenar-Antrag die Landesregierung aufgefordert, sich auf Bundes- und europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die derzeitigen Verhandlungen zum Freihandelsabkommen umgehend gestoppt werden. Diesen Antrag hat die Große Koalition abgelehnt.

## IV. PAVILLON



Im Untersuchungsausschuss zum IV. Pavillon stand Prof. Edwin Kohl Rede und Antwort. Was er zu berichten hatte, rückt die Vorgänge beim IV. Pavillon in ein weiteres äußerst zweifelhaftes Licht.

Herr Kohl hat ausgesagt, dass die Arbeit von Herrn Melcher und Herrn Marx im Zusammenhang mit dem IV. Pavillon in keiner Weise zu beanstanden war. Wir müssen daher davon ausgehen, dass die beiden als Bauernopfer für die Täuschungspolitik der damaligen CDU-Landesregierung erhalten mussten. Nachdem die wahren Kosten des Pavillons nicht mehr zu verheimlichen waren, wurde offenkundig nach geeigneten Personen gesucht, denen man diese vermeintliche Kostensteigerung anhängen kann.

Herr Kohl hat weiter ausgesagt, dass es erst mit der Beauftragung von Meinrad Maria Grewenig als Interims-Chef zu einer echten Kostensteigerung kam. Herr Grewenig hatte den Bau als Pfusch-Bau dargestellt und einen Baustopp verhängt, der laut Aussage von Herrn Kohl nicht notwendig gewesen war. Das Museum sei im Dezember 2011 fertigstellbar gewesen, so Kohl. Dieser Baustopp zieht nun aber Folgekosten in Höhe von mindestens 10 Mio. Euro nach sich. Dazu kommen die Kosten für die jetzt vorgesehenen Umplanungen durch Minister Commerçon.

Wir werden daher weitere Beweisangebote stellen und auch Herrn Grewenig erneut vor den Untersuchungsausschuss laden, um seine Rolle mit Blick auf die durch den Baustopp verursachten Kostensteigerungen zu beleuchten.

## WEITERE AUSWEITUNG DES ETHIKUNTERRICHTS IM SAARLAND ERFORDERLICH



Wir haben im Bildungsausschuss nachgefragt, wie es um die Erteilung von Ethikunterricht an saarländischen Schulen steht.

Trotz einer steigenden Anzahl von Schülerinnen und Schülern, die vom Religionsunterricht befreit sind, wird im Saarland in allgemeinbildenden und beruflichen Schulen erst ab der Klassenstufe neun ein verbindlicher Ethikunterricht erteilt. Damit liegt das Saarland im Ländervergleich im unteren Drittel. Laut Auskunft des Bildungsministeriums im Bildungsausschuss soll ab dem Schuljahr 2015/16 der Ethikunterricht als Angebot der Schule

zwar ausgeweitet werden; dies allerdings nur im Rahmen des vorhandenen Stundenbudgets der Schule und nicht als verbindliche Alternative zum Religionsunterricht für alle. Dies ist keine echte Verbesserung, da zur Erteilung des Ethikunterrichts andere Unterrichts- und Schulangebote gestrichen werden müssen und kein landesweit einheitlicher Ethikunterricht an den Schulen angeboten wird. Das Saarland verbessert sich damit auch nicht im Ländervergleich.

Wir fordern, einen verbindlichen Ethikunterricht neben dem Religionsunterricht als echte Alternative fest im Stundenplan zu verankern. Dies soll ab dem Schuljahr 2015/16 im Rahmen eines Stufenplanes geschehen, beginnend mit der achten Klasse und dem Ziel bis 2020 einen solchen Ethikunterricht verbindlich für alle Klassenstufen landesweit eingerichtet zu haben.

## HOCHSCHULREFORM DER LANDESREGIERUNG: KONTRAPRODUKTIV, KURZSICHTIG, KONZEPTLOS



Klaus Kessler  
Stellvert.  
Fraktionsvorsitzender

Die ersten Ergebnisse der Arbeitsgruppen zur Hochschulreform im Saarland liegen nun vor: Vorgesehen sind Streichungen im Fächerangebot der Lehramtsstudiengänge an der Universität des Saarlandes. Hierbei sollen in einigen Lehramtsfächern bis zu 30 % weniger Studienanfänger zugelassen werden.

Wir sehen mit Sorge, dass Kürzungen gerade im Bereich der Lehramtsstudiengänge geplant sind. Diese Entscheidung wird fachbezogene Versorgungsengpässe an den Schulen insbesondere in Mathematik und den naturwissenschaftlichen Fächern nach sich ziehen. Wir fordern deshalb die genaue Analyse des Lehrermarktes für die nächsten zehn Jahre unter Berücksichtigung der Pensionierungsquote und des Fächerbedarfs.

Die angekündigten Fächerkürzungen werden dazu führen, dass weniger Studienanfänger ins Saarland ziehen und sich der demographische Wandel verstärkt. Die Universität als Hochschulstandort und somit auch die Universitätsstadt Saarbrücken werden unattraktiver. Die Hochschulleitungen rechnen mit einem Rückgang der Studierendenzahlen um mehr als 5000 bis 2020. Dies schadet dem gesamten Saarland als Hochschul- und Wissenschaftsstandort! Auch kritisieren wir das Zustandekommen der Ergebnisse der Arbeitsgruppen; sie tagten ohne Beteiligung der Vertreter von Beschäftigten und Studierenden.

Wir fordern die Landesregierung dazu auf, alle saarländischen Hochschulen mit den nötigen Finanzmitteln auszustatten, um sie auf Dauer zukunftsfähig zu machen. Die Universität des Saarlandes muss in ihrer wichtigen Funktion als Landeskinderniversität mit einem möglichst breiten Studienangebot erhalten bleiben.

## SOZIALE WOHNRAUMFÖRDERUNG SICHERSTELLEN!

Das Saarland ist in besonderem Maße vom demografischen Wandel betroffen. Während der ländliche Raum zum überwiegenden Teil deutlich an Einwohnern verliert, wächst die Bevölkerungszahl in einigen wenigen Städten.

Diese Unterschiede in der Anziehungskraft haben entsprechende Auswirkungen auf den

Wohnungs- bzw. Mietmarkt. Zudem kommt es zu einer Erhöhung des Bedarfs an altersgerechtem Wohnraum, der barrierefrei oder zumindest barrierearm gestaltet sein muss. Daher haben wir in einem Plenar Antrag die Landesregierung aufgefordert, die soziale Wohnraumförderung im Saarland sicherzustellen.

Insbesondere bedarf es dafür einer verbindlichen Regelung, dass die Mittel, die der Bund dem Saarland nach dem Entflechtungsgesetz für die Wohnraumförderung zuweist, auch ab dem Jahr 2014 mit der bisherigen Zweckbindung eingesetzt werden. Die Große Koalition im Land muss sich im Bund dafür stark machen, dass die Mittel für den sozialen

Wohnungsbau aufgestockt werden. Kurzfristig muss sie aber auch selbst aktiv werden und die 6 Mio. Euro, die jährlich für den sozialen Wohnungsbau im Land zur Verfügung stehen, wenigstens auf 12 Mio. Euro verdoppeln.

Unseren Antrag haben SPD und CDU abgelehnt.



### Aktuelle parlamentarische Anfragen und Anträge der Grünen-Landtagsfraktion:

Af15\_0921 | PCB (Polychlorierte Biphenyle) unter Tage und Gefahren durch den Grubenwasseranstieg  
[www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Af15\\_0921.pdf](http://www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Af15_0921.pdf)

Ab15\_0913 | Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften  
[www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Ab15\\_0913.pdf](http://www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Ab15_0913.pdf)

Ag15\_0907 | Nachhaltige soziale Wohnraumförderung sicherstellen  
[www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Ag15\\_0907.pdf](http://www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Ag15_0907.pdf)

Ag15\_0906 | Unabhängige Bewertung des Grubenwasserhaltungskonzepts der RAG sicherstellen!  
[www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Ag15\\_0906.pdf](http://www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Ag15_0906.pdf)

Ag15\_0905-neu | Verhandlungen über TTIP aussetzen  
[www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Ag15\\_0905-neu.pdf](http://www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Ag15_0905-neu.pdf)



### INFORMATIONEN GEFÄLLIG?

Sie hätten gerne weitere Informationen zur Arbeit im Landtag?

Sie interessieren sich für parlamentarische Anfragen, Anträge und Gesetzentwürfe?

Melden Sie sich einfach unter:  
0681/5002-508 oder  
[fraktion@gruene-saar.de](mailto:fraktion@gruene-saar.de)

### IMPRESSUM

Bündnis 90/Die Grünen Landtagsfraktion vertreten durch Fraktionsgeschäftsführerin Claudia Beck, Landtag des Saarlandes,  
Franz-Josef-Röder Str. 7, 66119 Saarbrücken  
Tel.: 0681/5002-508, Fax: 0681/5002-511  
E-Mail: [fraktion@gruene-saar.de](mailto:fraktion@gruene-saar.de)  
Fotos: Gruene, stockXchange/x, Grüne,